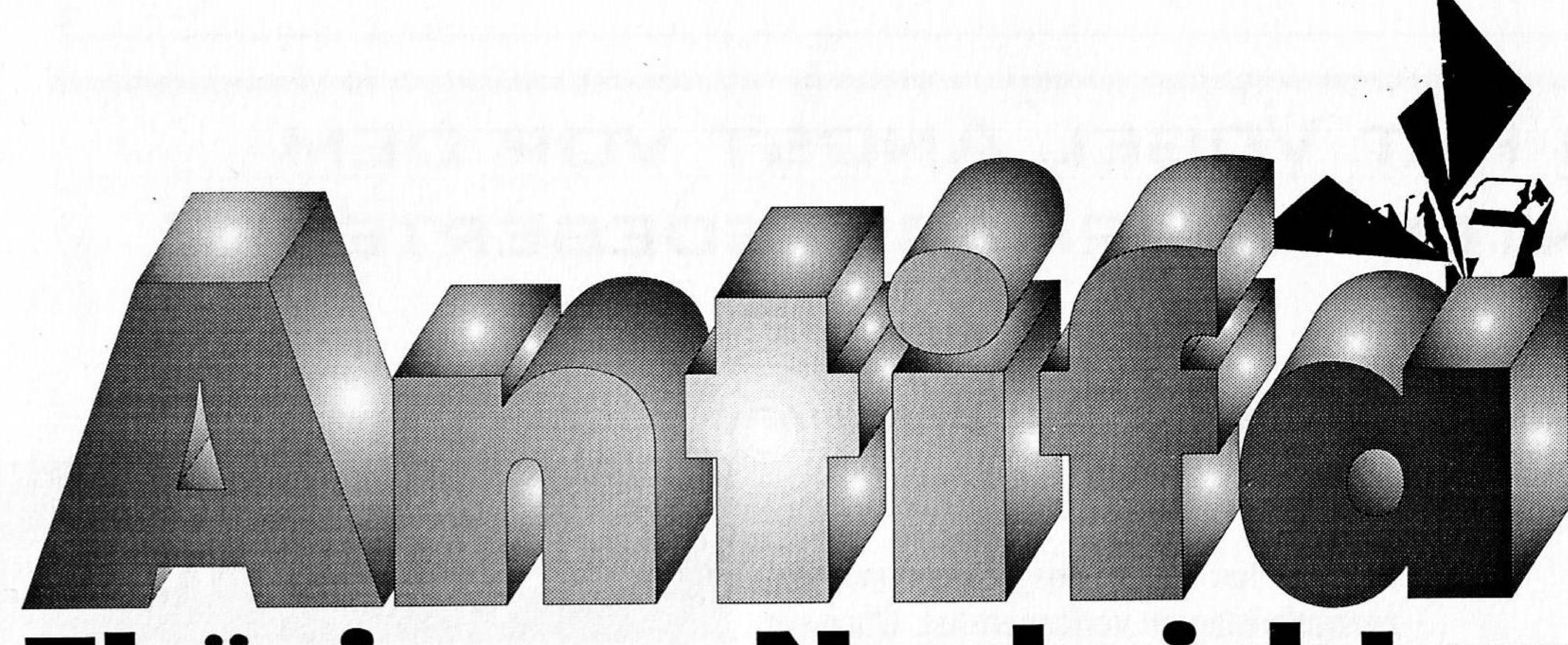


Thüringer Nachrichten

Bilanz des Todes

Wer hat Angst vor dem Deserteur?

Nachdem das DenkMal des unbekannten Wehrmachtsdeserteurs am 6.5. nicht der Öffentlichkeit übergeben werden konnte, wird es am 1.9. zum Antikriegstag/Weltfriedenstag zur Aufstellung kommen.

Die Erfurter Initiative zur Erstellung des DenkMals ruft daher erneut alle Interessierten auf die Aktion zu unterstützen und sich am 1.9. an der Aktion zu beteiligen. Bei Redaktionsschluß lag das entgültige Programm nicht vor. Näheres kann unter den Telefonnummern 0361 5961 390 o. 65998-13 in Erfahrung gebracht werden.

Sage nein!

Wenn sie jetzt, ganz unverhohlen,
wieder Nazi-Lieder johlen,
über Juden Witze machen,
über Menschenrechte lachen,
wenn sie dann in lauten Tönen
saufend ihrer Dummheit frönen,
denn am Deutschen hinterm Tresen
muß nun mal die Welt genesen,
dann steh auf und misch dich ein:
Sage nein!

Meistens rückt dann ein Herr Wichtig
die Geschichte wieder richtig,
faselt von der Auschwitzlüge
- leider kennt mans zur Genüge -
mach dich stark und bring dich ein,
zeig es diesem dummen Schwein:
Sage nein!

Ob als Penner oder Sänger,
Bänker oder Müßiggänger,
ob als Priester oder Lehrer,
Hausfrau oder Straßenkehrer,
ob du sechs bist oder hundert -
Sei nicht nur erschreckt, verwundert,
tobe, zürne, bring dich ein:
Sage nein!

Und wenn aufgeblasne Herren
dir galant den Weg versperren,
ihre Blicke unter Lallen
nur in deinen Ausschnitt fallen,
wenn sie prahlen von der Alten,
die sie sich zu Hause halten,
denn das Weib ist nur was wert
wie dereinst - an Heim und Herd,
tritt nicht ein in den Verein:
Sage nein!

Und wenn sie in deiner Schule
plötzlich lästern über Schwule,
schwarze Kinder spüren lassen
wie sie andre Rassen hassen,
Lehrer, anstatt auszusterben,
Deutschland wieder braun verfärben,
hab dann keine Angst zu schrein:
Sage nein!

Ob als Penner oder Sänger,
Bänker oder Müßiggänger,
ob als Priester oder Lehrer,
Hausfrau oder Straßenkehrer,
ob du sechs bist oder hundert -
Sei nicht nur erschreckt, verwundert,
tobe, zürne, bring dich ein:

Sage nein!

Konstantin Wecker

"... Millionen Soldaten fühlten sich an ihren Eid gebunden, und sie haben ihre Pflicht getan und haben tapfer gekämpft."

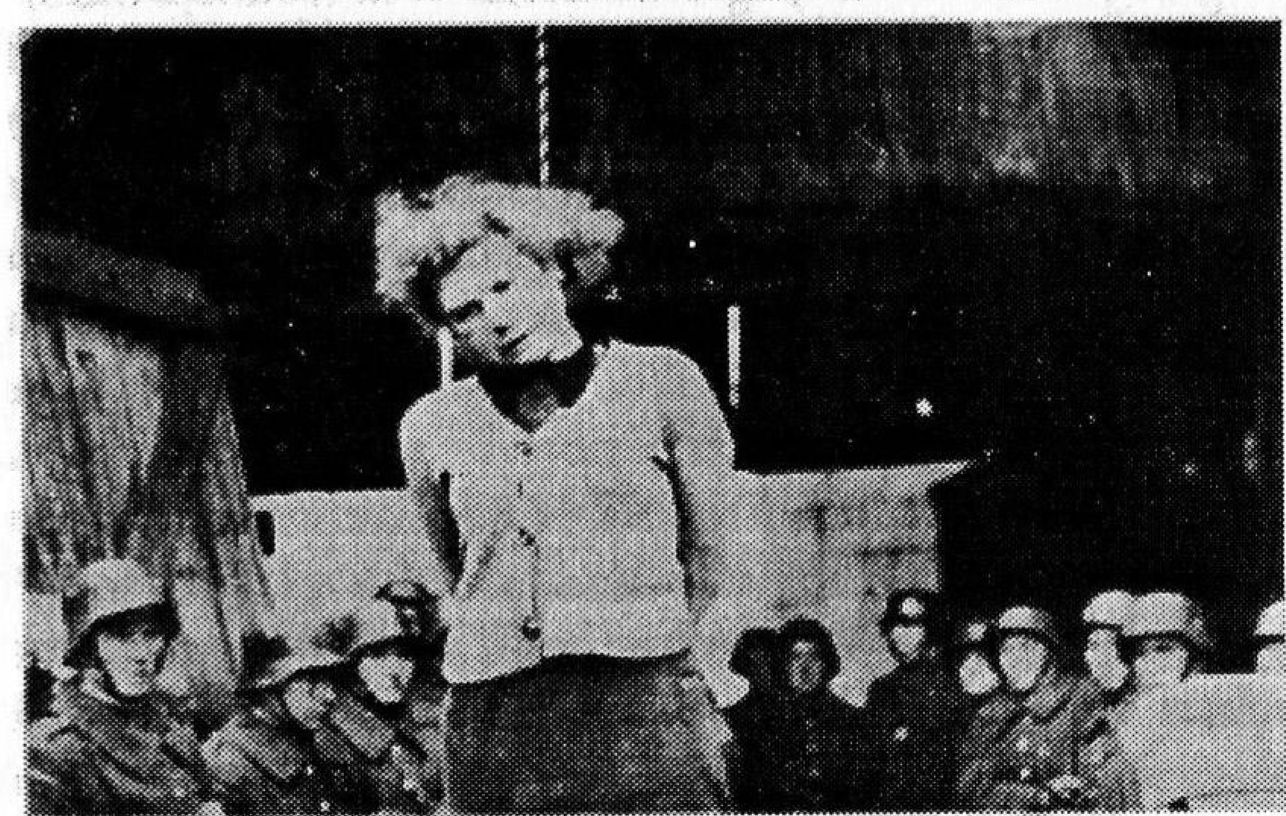
Meint Bernhard Vogel, Ministerpärsident des Freistaates Thüringen

Frage an den Ministerpräsidenten:

Sie lehnen es ab, die Urteile der NS-Militärjustiz gegen die sog. Fahnenflüchtigen und Wehrkraftzersetzer aufzuheben. Wurden die Deserteure doch zu Recht zum Tode verurteilt?

Die Fotos sind dem Buch "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" von Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.), Hamburg 1995, entnommen. Im Übrigen sei das Buch Herrn Vogel und Herrn Schwäblein als Lektüre empfohlen. (jb)







Minsk 1941, Deutsche Soldaten erhängen Widerstandskämpfer

Warum hat Vogel Angst vor dem unbekannten Wehrmachtsdeserteur?

Offener Brief

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel

Desertion

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Sie machen sich Sorgen um das Ansehen der Wehrmacht und wenden sich gegen die Ehrung von Menschen, die ihre pflichterfüllenden Kameraden durch Desertion im Stich gelassen haben sollen.

Ein mir sehr nahestehender Mensch, der meinen politischen Werdegang entscheidend geprägt hat, hat in der Mussolini-Armee Sabotage betrieben.
Als er, unter anderem durch die Giftgaseinsätze in Äthiopien, begriffen hatte, daß dieser Krieg nichts mit Vaterlandsliebe und Pflichterfüllung zu tun hatte, sondern von Anfang an ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit war, schloß er sich einer im italienischen Afrikakorps wirkenden Sabotagegruppe an.

Seine Freunde und er haben Panzer lahmgelegt, Nachschubwege torpediert, die Feldpost behindert und vieles mehr.
Er hat also seine "Viva il duce - viva Italia" grölenden Kameraden nicht nur im Stich gelassen, nein - er hat sie sogar bekämpft.
Würde ich Ihren Gedankengängen folgen, müßte ich mein Verhältnis zu diesem Menschen umgehend korrigieren.
Er ist in Ihrer Denkweise schuld am Tod vieler italienischer und deutscher Soldaten des Afrikakorps. Sie machen die Täter - die faschistischen Führer und die sie stützende Armee - zu Opfern und die Menschen, die sich aus unterschiedlichen Motiven verweigert und damit den Krieg zumindest verkürzt haben, zu Tätern.

Hätten die faschistischen und nazistischen Armeen des zweiten Weltkrieges mehr Saboteure und Deserteure gehabt, der Menschheit wäre viel Leid erspart geblieben.

Wer wie Sie die nazistische Wehrmacht in Schutz nimmt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, zumindest nicht zu bedenken, daß jeder befolgte Befehl den Krieg und damit den Terror in den Besatzungsgebieten und Konzentrationslagern verlängert hat. Ohne die pflichttuenden Generäle, Offiziere und Soldaten an der Front hätte die SS im Hinterland nicht wüten können.
Die Wehrmachtssoldaten, die, wie Sie sagen, nur ihre Pflicht getan haben, machten sich, selbst wenn sie sich keines persönlichen Vergehens gegen die Menschlichkeit schuldig machten, durch ihre Feigheit, sich dem Krieg nicht zu verweigern, zumindest mitschuldig.

Ein DenkMal für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur inmitten tausender Soldaten- und Kriegsdenkmale erklärt die Wehrmachtssoldaten nicht zu Verbrechern, sondern klagt sie zurecht an, sich nicht ebenfalls dem Vernichtungskrieg der Hitlerarmee verweigert zu haben.
Bei den Verbrechen, die die Wehrmacht und nicht nur die SS zu verantworten hat, nicht gerade ein übertriebener Vorwurf. So wie der Nazifaschismus, so sind auch die Verbrechen der Wehrmacht in ihrer Brutalität und Totalität einmalig.

"Diese Millionen Soldaten fühlten sich an ihren Eid gebunden, und sie haben Ihre Pflicht getan und haben tapfer gekämpft", meinten Sie kürzlich.

Stimmt!
Die Wehrmachtssoldaten haben jedoch ihren Schwur niemandem anderen als dem "Führer" geleistet und wollten ihm offensichtlich bis in den Endsieg folgen.
Das taten sie sogar mit hohem Engagement. Immerhin haben sich fast 3.000.000 Soldaten so sehr für den Krieg des Führers engagiert, daß sie mit den unterschiedlichen Medaillen für "besondere Tapferkeit und hervorragende Verdienste" dekoriert wurden.

Sie meinen, das DenkMal für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur beleidige die Wehrmachtssoldaten. Es kann nur diejenigen beleidigen, die bis heute meinen, daß ihre Entscheidung, dem Führer bis zum Endsieg zu folgen, richtig gewesen sei. Diese sog. Helden haben sich nicht nur in einem verbrecherischen Krieg besonders engagiert, sondern sie haben bis heute nichts hinzugelernt. Jene verdienen mehr als nur eine symbolische Beleidigung.

Wehrmachtsangehörige, ob aus Feigheit, Überzeugung oder wegen den soldatischen Tugenden, haben Befehle befolgt und ausgeführt, die nicht das "Vaterland" vor einem Aggressor schützen sollten, sondern es ging um neuen "Raum für das deutsche Volk" und die Vernichtung von sog. rassischen Minderheiten, Andersdenkenden, Kriegsgefangenen und Zivilisten.
Sie haben sich als Täter und Mitwisser, als Gaffer oder sogar als Amateurfotografen an den Verbrechen der Wehrmacht beteiligt.

Während Sie, Herr Vogel, anläßlich der Kundgebung zum 50. Jahrestag der Befreiung der Gedenkstätte Buchenwald sich moralisch über die "roten Kapos" erhoben und deren Verflochtensein im KZ-System verurteilt haben, haben Sie offensichtlich keine moralischen Skrupel, wenn es darum geht, die Verantwortung der Wehrmachtsangehörigen zu relativieren.
So meinten Sie: "Wer im Reich des Bösen Einfluß haben will, um Gutes zu tun, kann es nicht, ohne mit dem Bösen in Berührung zu kommen."
Was war denn das Gute, das die Wehrmacht in Serbien, in der Sowjetunion und sonstwo getan hat? Die Ermordung von 100 serbischen Zivilisten für jeden gefallenen bzw. 50 serbischen Zivilisten für jeden verletzten deutschen Soldaten durch Exekutionskommandos der Wehrmacht oder die Ermordung der ukrainischen Juden?

Ich kann nur hoffen, daß die Menschheit vor solch pflichterfüllten Kameraden verschont bleibt und wünsche allen Armeen, die verbrecherischen Befehlen folgen, massenhafte Desertion und Sabotage.

Angelo Lucifero

Wer hat Angst vor dem Deserteur?

Dreierlei Militär

Peter Franz

Auf den Seiten eines Kirchenblattes

Wer die 18. Ausgabe der Thüringischen Kirchenzeitung "GLAUBE UND HEIMAT" vom 30. 04. 1995 zur Hand nahm, konnte einiges darüber erfahren, wie unterschiedlich sich evangelische Christen dieses Landstrichs zum Militärischen verhalten haben bzw. heute verhalten - oder nach Ansicht der Redaktion vielleicht auch verhalten sollen - je nachdem, um welches Militär es sich dabei handelt:

- **Die Wehrmacht des Großdeutschen Reiches,**
- **die Nationale Volksarmee der DDR, oder**
- **die Deutsche Bundeswehr der BRD.**

In mehreren Beiträgen der oben genannten Zeitung wird der Blick auf diese Armeen gelenkt. Ich greife einige Beiträge heraus:

Seite 5 Großes Foto vom Auftritt des Heeresmusikkorps 13 der Bundeswehr in der Trinitatis-Kirche von Sondershausen. Dazu die den Leser freundlich stimmen sollende Mitteilung, daß die Soldaten zugunsten von Behinderten musizieren, daß die Kirche voll besetzt war und weitere kirchliche Benefizmusiken des Heeres geplant sind.

Seite 7 Erlebnisbericht des Altbischofs Dr. Werner Leich aus den letzten Kriegstagen 1945 (für dessen Inhalt nicht die Redaktion verantwortlich ist). Darin das Eingeständnis: "Zwar teile ich mit vielen Soldaten die Gewißheit, daß Deutschland den Krieg bereits verloren hat, aber ich bildete mir ein, für Deutschland kämpfen zu müssen, um einen Friedensschluß ohne Eroberung und Besetzung deutscher Städte und Dörfer."

Seine "Erinnerungsbilder", die der "wie durch einen dichten Nebel", ausmacht, kommentiert er selber:
"So erlebte ein Achtzehnjähriger das Jahr der deutschen Kapitulation."

Und dann schilderte er das Trauma, unter dem er offensichtlich noch heute so leidet, daß er das Wort Befreiung auch nach 50 Jahren nicht über die Lippen zu bringen vermag. Er beschreibt eine Momentaufnahme kurz nach Kriegsende aus dem thüringischen Gotha, wo "ein gutgekleideter Mann, der seine Fahne sehr schnell in den roten Wind gedreht hatte", heimgekehrten Wehrmachtssoldaten in einer Straßenbahn zuruft: "Alle Soldaten sind Kriegsverbrecher...".

Leich erklärte dazu:
"Dies Geschehen hat mich bis heute nicht losgelassen. Es betraf mich selbst. Auch ich war Soldat, ausgezogen mit dem letzten Aufgebot, um für das Vaterland zu retten, was noch zu retten war, voll hehrer Gefühle. Und nun: heimgekehrt als Kriegsverbrecher? Das Wechselbad in extremsten Temperaturen war kaum zu ertragen."

Immerhin kann der Leser aus dem bischöflichen Erinnerungsbericht wahrnehmen, daß der "rote Wind", der dem christlichen Wehrmachtssoldaten Werner Leich ins Gesicht blies, damals eine klare pazifistische Richtung hatte...

Seite 8 Gezeigt wird das Foto von der kirchlichen Einweihung eines gemeinsamen (!) Gedenksteines für die beim deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg umgekommenen Wehrmachtssoldaten eines Ortes bei Weimar und sechs von der SS ermordeten Buchenwald-Häftlinge. Diesem wohlwollenden Bildbericht von einer gleichzeitigen Totenehrung, die Täter zu Opfern und Opfer unter die Täter rechnet, wird erklärend hinzugefügt:

"Waren es zu DDR-Zeiten ideologische Gründe, die eine Neugestaltung des Kriegerdenkmals von 1922 unmöglich machten, ergaben sich nach der Wende finanzielle Probleme."

Die sind nun bewältigt - samt den geschichtlichen Problemen ...

Seite 8 Unmittelbar unter diesem einebnenden "Opfer"-Gedenken erscheint der Bericht über die für den 6. Mai 1995 geplante Aufstellung eines Deserteur-Denkmals in Erfurt. Offensichtlich unter Erklärungsdruck stehend, werden nach der Aufzählung einer Reihe von kirchlichen Unterstützern des Projektes dem Leser wie zur Entschuldigung die Gründe für solches Engagement von Christen erläutert:

"Durch die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft war der ostdeutsche Protestantismus in die Anwaltsrolle friedensethischer Alternativen hineingewachsen, indem er urchristliche Impulse der Gewaltfreiheit unter dem Zeichen SCHWERTER ndezu Pflugscharen aktualisierte."

Was können wir lernen aus solcher friedensethnischen Lektüre in der thüringischen Kirchenzeitung für unser Wissen über deutsches Militär in diesem Jahrhundert?

Friede auf unserer Erde!
Friede auf unserem Feld!
Daß es auch immer gehöre,
Dem, der es gut bestellt!

Friede in unserem Lande!
Friede in unserer Stadt!
Daß sie den gut behause,
Der sie gebauet hat!

Friede in unserem Hause!
Feide im Haus nebenan!
Friede dem friedlichen Nachbarn,
Daß jedes gedeihen kann!

Bertolt Brecht
Friedenslied

Militär

Die jüngere deutsche Geschichte kennt drei Armeen:

1. Es gibt heute in Deutschland eine "normale" und kirchlich-theologisch gerechtfertigte Armee: Die Deutsche Bundeswehr. Das kann man daran erkennen, daß sie auch in sakralen Räumen (im Osten) wieder ihre propagandistische Selbstdarstellung betreiben darf. Schließlich spielen ihre Militärkapellen sogar zum Wohle Behinderter oder zur Erhaltung kirchlicher Kunst! Kann es etwas schöneres geben? Wer mag angesichts dieser Friedensposaunen noch die biblisch-kirchliche Losung "Schwerter zu Pflugscharen" hochhalten?

2. Es gab vor einem halben Jahrhundert in Deutschland eine Armee mit lauter ehrlichen, ahnungslosen Idealisten, die im Zweiten Weltkrieg für die Freiheit und Ehre ihres Vaterlandes kämpften, aber gegen Ende des Krieges von Hitler und seiner Verbrecherclique

Euer Gehorsam ist grenzenlos und wird von Tag zu Tag unverzeihlicher ..

mißbraucht wurden: die Großdeutsche Wehrmacht. Und für ihr Mißbraucht-worden-sein mußten sich diese Soldaten nach dem "verlorenen Krieg", den zu "gewinnen" sie doch ehrlich ausgezogen waren, auch noch den ungerechtfertigten Vorwurf von rot-gewendeten Drückebergern machen lassen, sie seien Kriegsverbrecher gewesen!
Solche beleidigenden Anschuldigungen werden heute zum Glück auch in den fünf östlichen Ländern dadurch korrigiert, daß man den "Gefallenen" unter ihnen würdige Gedenktafeln aufstellt, dabei auch erhebliche "finanzielle Probleme" nicht scheuend. Denn die DDR hatte bekanntlich dem "tapferen deutschen Soldaten, der seine Pflicht getan hat" (so der christlich-demokratische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel vor der Jungen Union im März 1995), aus "ideologischen Gründen" die Ehrung auf Gedenktafeln verweigert.

3. Es gab in der jüngeren Geschichte Deutschlands eine Armee, die zur Absicherung der totalitären SED-Diktatur im Unrechtsstaat DDR gebildet wurde. Ihrer finsteren Pläne wegen wurde die DDR-Gesellschaft einer zunehmenden Militarisierung unterzogen, die schließlich den ostdeutschen Protestantismus zum pazifistischen Symbol "Schwerter zu Pflugscharen" greifen ließ, mit dessen und vieler Kerzen Hilfe dieser "elende, menschenverachtende atheistische Staat" (so der evangelische Synodenpräsident Karl-Heinz Jagusch in "Glaube und Heimat" vom 19. 04. 1992) endlich beseitigt werden konnte.



8. Mai, Eisenach. Ca. 100 Menschen beteiligten sich in Eisenach an einem antifaschistschen Spaziergang. Er endete mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal der Opfer des Faschismus

Merke:
Nach einer historisch kurzen Unterbrechung von 40 Jahren Militarisierung der (DDR-) Gesellschaft zwischen 1949 und 1989 können wir ostdeutschen Protestanten endlich wieder ein lockeres, unverkrampftes Verhältnis zu unseren tapferen und ihre Pflicht erfüllenden Soldaten gewinnen!

... noch Fragen?

Bad Salzungen, 26. Juni.

Flüchtlingsheim beschossen

Unbekannte gaben in der Nacht zum Sonntag 3 Schüsse auf das AsybewerberInnenheim ab. Es wurde niemand verletzt. Die Täter flüchteten mit dem PKW und konnten bisher nicht gefaßt werden.

Celle, 27. Juni

Göttinger Antifa (M) keine Staatsbedrohung

Gericht wies Anklage zurück!

Der mehrjährige Versuch der Sonderkommission des niedersächsischen Landeskriminalamtes, die Antifa (M) zu kriminalisieren, ist vorerst gescheitert. Das Oberlandesgericht folgte der Staatsanwaltschaft weder bei der Behauptung, daß es sich um eine kriminelle Vereinigung handele, noch daß sie Werbung für terroristische Vereinigungen betreibe.

Juristischer und politischer Sieg über den Staatsschutz



Rezept

Man nehme Dummheit, die erhältlich ist
In großer Menge heut zu jeder Zeit,
Man nehme Tücke, feige Hinterlist,
Man nehme Lüge und Verlogenheit,

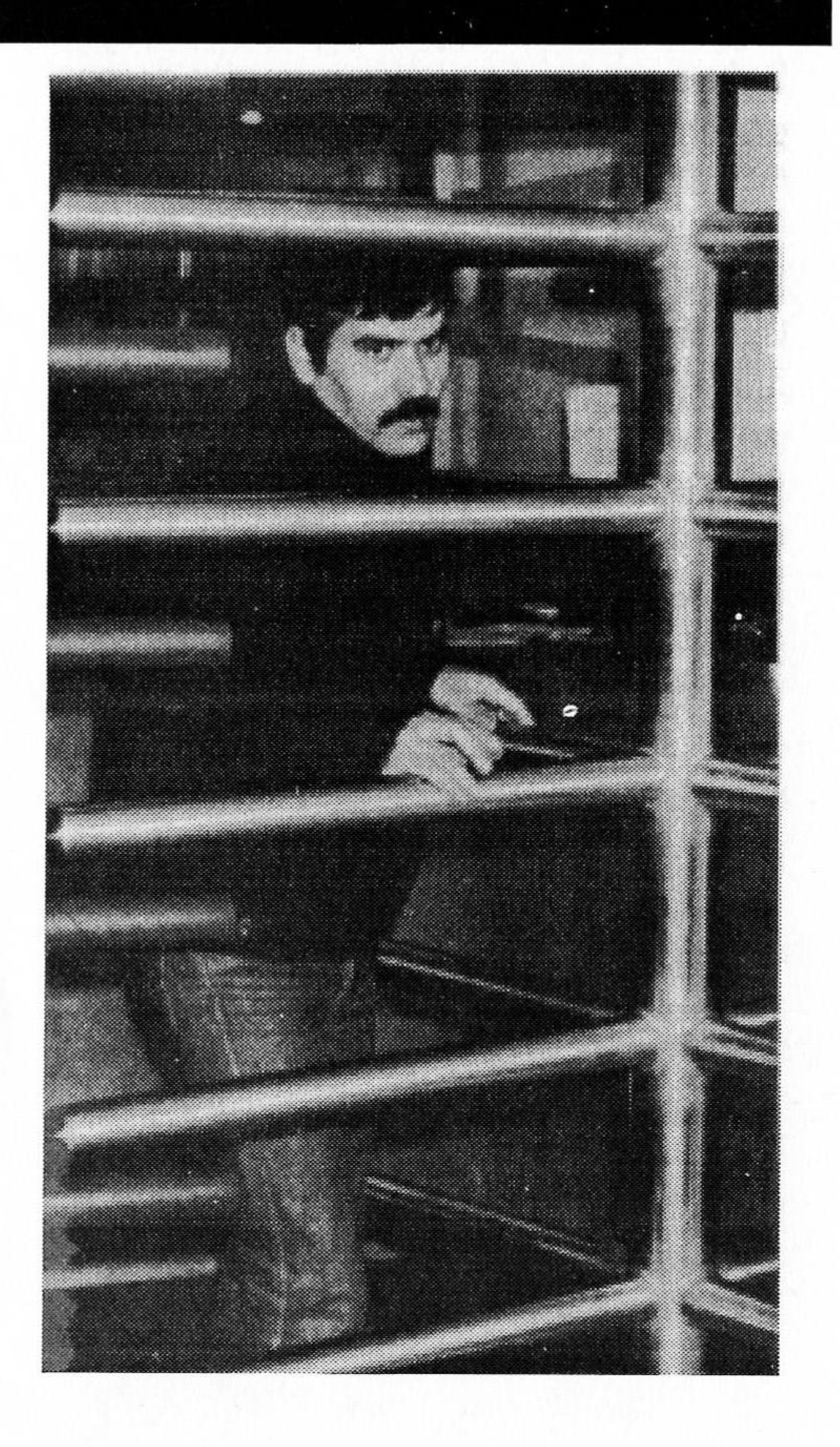
Man nehme Machtgier, ein gewaltig
Stück,
Und reibe tüchtig Eitelkeit hinein,
Man schrecke nicht vor Rassenwahn
zurück,
Man nehme dazu "Nichts" und
Nichtigsein -

Zum Schluß noch eine Flasche
"Heuchelei" -
Die längst gesuchte Mischung ist
geraten!
Ob diese Füllung auch bekömmlich sei?
Ein leerer Kopf. Man fülle ein den Brei,
Und sieh, ein Denken wächst, es
wachsen Taten

Triumph der Barbarei.

J. R. Becher (1891-1958)

Deutsches



Über die Deutschen

Stephan Hermlin

In den Kämpfen dieser Zeit

Das Gefährliche an den Deutschen ist ihre Unvertrautheit mit dem Wesen der Demokratie und ihr Unglaube an die Pflicht zur Toleranz, zum Anhören des Anderen. Und nicht nur zum Anhören. ... Und das (wirklicher Meinungsstreit, d.R.) ist etwas, was in Deutschland enorm selten ist. Man hat seine Meinung durchzusetzen gegenüber jeder möglichen anderen Meinung. Und das führt letzten Endes immer wieder zu der von den Deutschen insgeheim bewunderten Gewalt, das heißt im großen Maßstab, im Dialog zwischen Volk und Volk, zwischen Land und Land läuft das auf Krieg hinaus. Die Deutschen haben dieses unbewußte Sehnen nach dem Abgrund, diese Haltung: schließlich werden die Dinge doch mit dem Schwert geschlichtet. Die größere Kraft muß sich durchsetzen. Und das ist gleichbedeutend mit dem Chaos, das man verbreitet, bei den anderen und bei sich zu Hause.

(wörtlich zitiert aus: In den Kämpfen dieser Zeit, 1979)

Friede, Freude, Eierkuchen

Asor

Im 50. Jahr

Warum der 50. Jahrestag der Befreiung zur Wiedergeburt Deutschlands wurde. In seltener Eintracht wurde der 8. Mai in diesem Jahr als Tag der Befreiung begangen. Dies reichte von AntifaschistInnen bis zu den Herrschenden. Uns müßte das allerdings zu denken geben, zumal 50 Jahre verstreichen mußten, um einen solchen Sinneswandel bei CDU/CSU und anderen Deutschnationalen hervorzubringen. Ist das späte Einsicht oder wird ein bestimmtes Ziel verfolgt? Hat die deutsch-deutsche "Vereinigung" neue politische und historische Erkenntnisse für das hiesige Machtzentrum (bei teilweise gleicher personeller Besetzung) gebracht? Wer die deutschen Zustände kennt und sich die Mühe macht, näher hinzuschauen und zuzuhören, weiß, daß dem nicht so ist.

Es geht darum, sich nun endgültig der "negativen" Seiten der deutschen Geschichte zu entledigen und zur Normalität überzugehen. Da stören nun mal Auschwitz, Buchenwald und ein barbarischer Krieg. Die Deutschen konnten gleichzeitig auch als Opfer betrauert und geehrt werden. Wir sind ja gar nicht so schlecht, es gab einen Hitler und ein paar Nazis - dazu stehen wir auch und wir verurteilen diese Greueltaten (eine Auswahl der wirklichen Opfer behalten wir uns natürlich vor).

Durch diese verbale Abkehr wollte Deutschland sich vor der Welt und vor ein paar kritischen Stimmen im Inland reinwaschen. Dies war und ist eine Voraussetzung dafür, daß Deutschland seine ihm angenehme Rolle in der Weltpolitik einnehmen kann. Dieser Part heißt Vorherrschaft in Europa und Aufstieg zur Weltmacht überhaupt.
Was ökonomisch bereits geklärt ist, muß nun noch militärisch nachvollzogen und politisch-moralisch untermauert werden.

Das geht vom ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat bis zum Kampfeinsatz in Ex-Jugoslawien.

Was bisher verdeckt getrieben, wurde kann nun in aller Öffentlichkeit mit oder ohne Zustimmunq der Betreffenden durchgesetzt werden.

Vielleicht hatten doch die paar Anti-Nationalen recht, die diesen Schmu zum 8. Mai nicht mitmachen wollten, zumal der Antifaschismus "nebenbei" zu einem Hauptfeind der Gesellschaft in der BRD erklärt wurde.

Wie sagte doch Helmut Kohl am Vorabend des Tages der Befreiung im ZDF auf die Frage nach seinen Gefühlen, wenn er heute Bilder von brennenden Ausländerheimen oder geschändeten jüdischen Friedhöfen sehe: Man müsse von Radikalen reden "und nicht von Rechtsradikalen und von Linksradikalen". Die Weimarer Republik sei von Rechts- und Linksradikalen ruiniert worden. Vor diesem Hintergrund müsse gegen die Täter von heute die volle Härte des Gesetzes angewandt werden." (TA vom 8.5.95).
Die praktische Umsetzung dieser Einstellung ist uns aktiven Antifaschisten und Antirassisten hinlänglich bekannt.

Aktion Wasserschlag

Versuch einer Auseinandersetzung

oder der erneute Anstoss einer Repressionswelle gegen linke SystemkritikerInnen und -gegnerInnen

Bundesweite Razzia. Am 13. Juni 1995 wurden auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft (BAW) Karlsruhe bei einer bundesweiten Razzia gegen die sogenannte linksextreme Szene vier Menschen festgenommen, über 50 Wohnungen, Infoläden und Projekte wurden überfallmäßig stundenlang durchsucht. Dabei wurde teilweise mit großer Brutalität vorgegangen, so verschafften sich in Köln maskierte SEK-Trupps mit Blendgranaten und gezogenen Waffen Zutritt zu Wohnungen. Zur Begründung dieses mediengerecht als "Schlag gegen die linksextreme Szene" inszenierten Vorgehens seitens der BAW, an dem zusätzlich die Landespolizeibehörden und das Bundeskriminalamt beteiligt waren, wurden die Rote Armee Fraktion (RAF), die Antiimperialistische Zelle (AIZ), das sogenannte Komitee und die Herausgeber der Untergrundzeitschrift "radikal" genannt. Wie auch der Sprecher der BAW Rolf Hannich gegenüber der jw bestätigte, konnte weder über die RAF, noch AIZ und Komitee ein Ermittlungserfolg vermeldet werden. Hauptgrund der Durchsuchungen war die Vollstreckung von Haftbefehlen.

Gebündelt wurden diese, größtenteils an den Haaren herbeigezogenen, Vorwürfe mit den Paragraphen 129/129a StGB (Bildung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung), welche die betroffenen Menschen, Gruppen und Projekte in den Augen der Bevölkerung als Terroristen kriminalisieren und Einzelpersonen innerhalb ihrer politischen Zusammenhänge isolieren und einschüchtern sollen. So werden beispielsweise die für die Herstellung und Verbreitung der "radikal" Verantwortlichen als hochkonspirativ und in festgefügten Organisationsformen arbeitend bezeichnet, deren inhaltliche Auseinandersetzungen "durchweg strafbaren Inhalts" seien.

Einiges zur Repressionsgeschichte der "radikal"

Die Zeitschrift "radikal" erscheint seit über 20 Jahren.
Nach zwei Schlägen durch die Ermittlungsbehörden 1984 und 1986 mußten Erstellung und Vertrieb verdeckt organisiert werden. So kam es im Juni 1984 zu einem Verfahren gegen die angeblichen Herausgeber, Michael Klöckner und Benny Härlin, welche kurz darauf zu Mitgliedern der grünen Fraktion des Europarates wurden und somit für den Senat unerreichbar, da sie fortan diplomatische Immunität genossen. Den Antrag der Aufhebung dieser lehnte das Europaparlament mit der Begründung, daß in Europa schließlich Meinungsfreiheit herrsche, ab... in dieser Zeit sahen das auch noch andere so, was zu einer beachtlichen Solidarisierung von Journalistenverbänden, Humanistischer Union, Grünen und zahllosen anderen linken Gruppen führte, die gegen den eindeutigen Angriff auf die Pressefreiheit und das "Gesinnungsurteil" protestierten. Nach ihrer Zeit als Abgeordnete legten die Beiden Revision gegen das Urteil ein und hatten damit beim Bundesgerichtshof 1990 Erfolg, der BGH stellte mit der Aufhebung des Urteils in Frage, ob die Angeklagten den "inkriminierten und unkommentierten" Abdruck der RZ (Revolutionäre Zellen) Bekennerschreiben in der "radikal" zu verantworten hätten und somit wirklich für eine "terroristische Vereinigung" werben wollten.
Für die "radikal" selbst hat der Prozeß allerdings wenig gebracht. Das Recht, Bekennerschreiben ohne distanzierendes Umfeld zu publizieren, ist damit ebensowenig durchgesetzt, als daß anerkannt worden ist, daß auch Diskussionen über linke Widerstandsformen und Aktionen den Schutz der Meinungsfreiheit genießen.
Als dann 1986 ein weiterer schwerwiegender Schlag gegen das Blatt erfolgte kam es zur Durchsuchung von insgesamt 100 Buchläden, Infozentren und Wohnungen, gegen 192 Frauen und Männer wurden Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen den Paragraphen 129a eingeleitet, wobei vor allem BuchhändlerInnen betroffen waren.
Dies war etwas Neues in der Rechtsgeschichte der BRD, da bisher der Grundsatz galt, daß BuchhändlerInnen nicht wegen Passagen oder Texten aus Büchern oder Zeitschriften, die sie verkaufen, belangt werden können.
Gegen dieses neue Vorgehen von BKA und BAW protestierte sogar der konservative Börsenverein des Deutschen Buchhandels. Die Gerichte waren sich aufgrund dieser Situation ebenfalls unsicher über ihr Vorgehen und die rechtliche Relevanz dieser erstmals angesetzten Maßstäbe, so wurden die meisten Verfahren eingestellt, bzw. die Eröffnung von Hauptverfahren abgelehnt, fünf Angeklagte wurden jedoch rechtskräftig zu Bewährungsstrafen zwischen sieben und zehn Monaten verurteilt.
Die öffentliche Solidarisierung fiel bei diesen Verfahren spürbar weniger engagiert aus als 1984.
Die "radikal" ist die einzige linke Postille in der bundesrepublikanischen Zeitungslandschaft, in welcher immer noch ohne staatliche Zensur über Themen wie linke Militanz und bewaffneten Kampf diskutiert oder berichtet wird.

Staat

Jüngste Vorwürfe der BAW contra "radikal"

Den mutmaßlichen Mitarbeitelnnen und HerstellerInnen wirft die Karlsruher Behörde in diesem erneuten Vorgehen gegen "radikal" vor, Mitglieder einer Kriminellen Vereinigung zu sein, die für "Terrorstraftaten" werben würden. Dies ist der Grund für die BAW, momentan gegen weitere 25 namentlich bekannte und unbekannte Personen wegen Mitgliedschaft beziehungsweise Unterstützung der angeblichen Terrororganisation zu ermitteln. Daß es sich bei dieser Aktion um eine genau geplante staatliche Repression und daraus folgende Kriminalisierung linker außerparlamentarischer Opposition handelt, beweist unter anderem auch die Tatsache, daß die Durchsuchungsbefehle teilweise schon im April diesen Jahres ausgestellt worden waren, die überfallmäßigen Durchwühlungen jedoch mit "Gefahr im Verzug" begründet wurden. Das aktuelle Verfahren hat insofern eine neue Dimension, als daß diesmal nicht nur die angebliche Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" verfolgt wird, sondern die Redaktionsarbeit selber zur Tätigkeit einer "kriminellen Organisation", deren Zweck das Begehen von Straftaten sei, stilisiert wird.

Bedeutsamer über diesen Einzelfall hinaus ist jedoch noch etwas anderes. Da Zeitungsarbeit immer notwendigerweise organisiert erfolgt und auch immer die Veröffentlichung von Texten zum Ziel hat, sind der Verfolgung von vor allem staatskritischen und den kleinen Medien als "kriminelle Vereinigungen" Tor und Tür geöffnet, wenn sich die BAW mit dieser

äußerst weiten Auslegung des Paragraphen 129 durchsetzt.

Anwendung und Auslegungsmöglichkeiten des Paragraphen 129a

Die Gefahr, daß mit Hilfe des Paragraphen 129a oder auch 129 (kriminelle Vereinigung) ganze soziale Bewegungen staatlicher Kriminalisierung und deren Verfolgung ausgesetzt werden, hat sich bereits seit längerer Zeit abgezeichnet. So gerieten zum Beispiel Anfang der 80er Jahre Teile der Anti-AKW Bewegung in Terrorismusverdacht, was zu umfangreichen Ermittlungen im norddeutschen Raum führte.
So wurden Mitte der 80er Jahre monatelang systematisch Daten über die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg gesammelt, angeblich um eine kriminelle Vereinigung ausfindig zu machen. In der eigens dafür eingerichteten SPUDOK-Datei waren schließlich mehr als 2000 EinwohnerInnen abgespeichert, das ist mehr als jede/r 25. Einwohner/in des Landkreises und das bei insgesamt 25 laufenden Ermittlungsverfahren nach Paragraph 129 des StGB. An diesem Beispiel läßt sich in etwa ablesen, wieviele Personen in die staatlichen Ermittlungs- und Ausforschungsvorgänge involviert werden, mit allen negativen daraus enstehenden Folgen. Auch hier ging es darum, die Struktur des entstandenen Widerstands zu durchleuchten, massenhaft Daten zu sammeln und die Bewegung durch Kriminalisierung zu spalten.
Grundlegendes Ziel staatlicher Repression ist also, den politischen GegnerInnen des Systems mit den Maßstäben der Kriminalität zu begegnen und ihnen so in der Konfrontation gegenüberzutreten. Die Kriminalisierung und Verfolgung von politischem Widerstand in der BRD war und ist immer wieder der Versuch der Entpolitisierung, das bedeutet, dem Widerstand die politische Sprengkraft zu nehmen, um das Problem auf strafrechtlicher Ebene zu behandeln. Dabei richtet sich die Härte der staatlichen Repression meist nach der Art des Widerstandes, das heißt auch, welche Inhalte mit welchem Ziel kriminalisiert werden, und das entscheidet wiederum über die Mittel der Kriminalisierung. Zu diesen Zwecken sind die überaus großzügigen Ermittlungsbedingungen des Paragraphen 129a mit seiner fast grenzenlosen Anwendungsbreite ideal. Seit 1987 ist dieser Paragraph mit Zielrichtung auf militante Widerstandsformen noch wesentlich ausgeweitet worden, indem Gründe oder auch die Mitgliedschaft in einer angeblich terroristischen Vereinigung zum Verbrechen hochstilisiert wurden, was einen Strafrahmen von einem bis zu zehn Jahren entspricht. Dazu kommt ein unüberschaubares System von Sonderbefugnissen, welche es Polizei und Staatsanwaltschaft erlauben, schon weit im Vorfeld des Verdachts sogenannte "terroristische Umfelder" großflächig auszuforschen, unter anderem durch Überwachung des Telefon- und Postverkehrs, Großrazzien, Einrichtung von Straßenkontrollstellen, Schleppnetzfahndung, Identitätsfeststellungen selbst gegenüber Unverdächtigen, massenweise Datenabspeicherung und deren Vergleich, Festnahmen auch von prinzipiell Unverdächtigen, Untersuchungshaft auch ohne die traditionellen Haftgründe Flucht- bzw. Verdunklungsgefahr...

Während der bundesweiten Razzia am 13.6.95 fanden Durchsuchungen in acht Bundesländern, und dort in folgenden Städten, statt:
-Rendsburg, Lübeck, Neumünster, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Münster, Köln, Duisburg, Uelzen, Berlin, ebenso in Mecklenburg Vorpommern und in Rheinland Pfalz...
Die Auswertung der massenhaft beschlagnahmten Materialien, unter anderem Computer, Disketten, Drucker, Zeitschriften, Bücher, Stadtpläne, Briefe, Adreßhefte, Schreibmaschinen, Photos etc.p.p. wird allerdings noch Wochen oder Monate andauern.
Gerade jetzt ist es wichtig, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern zu diesen Vorfällen und Entwicklungslinien eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen und zu diesem Thema Position zu beziehen, zu schreiben, zu diskutieren und Nachdenkensprozesse anzustoßen.

hannah
Quellen waren die Tageszeitungen taz und junge welt, "durch die Wüste" und Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte "Widerstand gegen die Staatsgewalt".

Rechts plus Links, Hauptsache Extrem,

Dewes-Formel

ergibt, Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Verfassungsschutzbericht Thüringen, 1994. Wer geglaubt hat, daß der sozialdemokratische Ersatz, Dewes, gegenüber dem alten Innenminister Schuster in der Sicherheitspolitik neue Akzente setzen würde, hat sich getäuscht. Der VS-Bericht ist ein Gemisch aus Unkenntnis und fatalen Gleichsetzungen zwischen Rechts und Links. Linksextreme wie "Rechtsextremisten" sind sich einig "in der Verneinung der freiheitlich demokratischen Grundordnung" (So im VS-Bericht 1994).

Die FDGO, also das Grundgesetz, wurde zuletzt durch eine zweidrittel Mehrheit so geändert, daß das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft wurde. Wer da vermutet, der VS meint diese Grundgesetzamputierer, hat weit gefehlt. Denn einem alten Märchen folgend, wird die Demokratie, gleichermaßen von Links und Rechts zerstört. Da können Parteien, die die Forderungen der REP und NPD aus den achtziger Jahren nach Abschaffung des Asyls umsetzen, keine Feinde der Demokratie sein, denn sie haben die Zustimmung der Stammtische und sind Parteien der Mitte.

Unkenntnis

Das, was bspw. weder in einem hessischen noch nordrhein-westfälischen VS-Bericht zu finden wäre, füllt das thüringische. So wird in aller Breite das Antifa-Workcamp 1994 dargestellt. Das Motto des VS scheint zu sein, wir wissen nicht viel, aber das Wenige wissen wir gründlich.
So wird der "Jugend gegen Rassismus in Europa" Eisenach eine 3/4 Seite gewidmet. Kenner wissen, daß die Eisenacher Gruppe aus einen Menschen bestand, der seit Anfang 1994 in den Westen ausgewandert ist.
Die VSlerInnen entblöden sich noch nicht einmal, den Gesetzesverletzungen mit "linksextremen Hintergrund" mehr Raum zu widmen als den rechtsextremen. Ihre Botschaft die rechtsextremen Gewalttaten sind gegenüber 1993 (95) **gesunken** (41), während die "links-



Spenden zur Qualifizierung des VS werden angenommen

extremen" (1993=22) auf 28 gestiegen ist. In diesen 28 Gewalttaten sind immerhin 14 Schmierereien und Verunglimpfungen staatlicher Symbole enthalten. Die Grundfeste der FDGO sind offensichtlich durch ein paar sog. linksextremistische Schmierereien zum Wanken zu bringen.
Diesen Informationsmangel über die Linke ist man gerade dabei, durch massenhafte Hausdurchsuchungen und Verhöre, unter anderem in Weimar, zu beheben.

Um das Feindbild "Ausländerextremismus" zu bedienen, wird in Ermangelung eigener Erkenntnisse seitenweise aus dem Bundesverfassungsschutzbericht abgeschrieben.
Wer über die rechte Szene fundiertere Informationen sucht, wird ebenfalls enttäuscht. Es geht über die Auflistung der rechtsextremen Parteien und Aktivitäten nicht hinaus. So fehlt die Betrachtung der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität", die seit Jahren in Thüringen ihr Unwesen treibt. Man kann nur vermuten, daß diese Gruppe das intellektuelle Niveau des VS übersteigt und daher nicht (mehr?) unter Beobachtung steht.
Der geneigte Leser bekommt lediglich eine kurze Übersicht über das rechte Parteienspektrum. Da ist man allerdings mit der Lektüre eines "Parteienlexikon" besser bedient.

Resümee I:

Wenn der VS-Bericht die Arbeit des VS und der anderen Organe zur Sicherung der Verfassung und des inneren Friedens widerspiegelt, dann bekommt die Politik der Landesregierung eine nachträgliche und zusätzliche Erklärung. Man kann allerdings nicht erwarten, daß Staatsorgane, die Rechts und Links gleich setzen, die Schmierereien und Gewalt gegen AusländerInnen gleichermaßen als Gefahr für die FDGO betrachten, die junge HausbesetzerInnen pauschal als eine Gefahr für die Demokratie abstempeln und antifaschistische Arbeit als Tarnung für Linksextreme denunzieren, in der Lage wären, wirksam gegen Faschismus und Rassismus vorzugehen.

Resümee II:

Schade um die vielen Steuergelder. Mein Tip an die VSlerInnen: sucht Euch einen ordentlichen Job! Wenn es schon durch meine Steuergelder subventionierte Spitzel geben muß, dann kann ich doch zumindest etwas mehr Professionalität, z.B. à la VS-Bericht NRW, verlangen.

Geistige Hochleistung des VS-Berichtes:

"ohne Rechts kein Links"

Meine Tips an Menschen, die gerne in den Verfassungsschutzbericht 1995 aufgenommen werden wollen. Man muß nur folgendes tun bzw. behaupten:

- Die Kommunisten haben sich am stärksten dem Naziregime widersetzt, glaube nicht alles, was Niethammer verbreitet, hänge ein Plakat gegen das Kurdenmorden auf, beteilige Dich an den nächsten Buchenwald-Workcamp oder gehe mit einem Autonomen in eine Szenekneipe oder Infoladen usw.

e. malatesta

POLIZEIEINSATZ
IN WEIMAR
ZEUGENZWANGSVORFÜHRUNG

Nach längeren erfolglosen Ermittlungen gegen die Anschläge auf die Uniondruckerei Weimar konzentrierte sich das Landeskriminalamt Erfurt zunächst auf Einzelne und suchte diese auf der Arbeit, in der Schule und zu Hause auf. Am 19. April kam es zu einer Zeugenvorladung der Kriminalpolizei Weimar von 11 Personen. Bei ihnen handelt es sich hauptsächlich um die HausbesetzerInnen der Gerberstrasse und Menschen, die in einen Zusammenhang mit diesen Häusern gebracht wurden. Diesen Vorladungen ist keine der Personen nachgekommen.

Genau einen Monat später erhielten die gleichen Leute Vorladungen, dieses Mal jedoch vom Generalbundesanwalt nach Karlsruhe. Sie wurden alle als ZeugInnen zu folgendem Sachverhalt bestellt: Ermittlungsverfahren gegen unbekannt
1. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und schweren Raubes
2. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, versuchter Nötigung und schwerer Brandstiftung.

Die Zwangsvorführung

Obwohl durch einen Rechtsanwalt angeblich eine Terminverschiebung erwirkt wurde, leitete die Bundesanwaltschaft die Zwangsvorführung ein. Also wurde an mindestens 13 verschiedenen Orten nach Personen gesucht und dabei in Wohnungen, bei Eltern und an angeblichen Aufenthaltsorten von vermeintlich linksalternativen Jugendlichen herumgeschnüffelt. Die Polizei verschaffte sich zu sämtlichen Wohnungen Zutritt. So wurde das von der Stadt geduldete besetzte Haus, in welchem sich zu dem Zeitpunkt niemand aufhielt, mit einem Bolzenschußgerät geöffnet, mit Hilfe eines Dokumentationswagens wurde der Einsatz durchgeführt. Anwesend war der zuständige Oberstaatsanwalt.
Sieben ZeugInnen wurden gefunden. Die sieben ZeugInnen wurden isoliert zur Autobahnpolizei nach Hermsdorf gebracht. Dort wurden sie vor die Entscheidung gestellt, entweder vor dem zuständigen Staatsanwalt oder vor dem LKA Erfurt auszusagen. All dies geschah unter dem "Hinweis" des Staatsanwaltes, daß sich eine Vernehmung durch ihn bis in die Morgenstunden hinziehen könnte, es handle sich jedoch in jedem Falle um eine staatsanwaltliche Vorladung.
Zwei ZeugInnen, die sich weigerten, Aussagen ohne das Beisein des Anwaltes zu machen, wurde ein Bußgeld von 500,- DM auferlegt, desweiteren wurde für das Fernbleiben aller ZeugInnen bei der ersten Vorladung, ein Bußgeld von 200,- DM verhängt.
Die nächste Ladung wird durch den zuständigen Ermittlungsrichter erfolgen, der Beugehaft als Zwangsmittel verordnen kann.
Die Befragung der ZeugInnen wurde so geführt, daß ihnen suggeriert wurde, sie wären selbst Verdächtige oder die jeweiligen anderen Betroffenen kämen als TäterInnen in Betracht. Einzelne antworteten daraufhin ausführlich auf die ihnen gestellten Fragen bezüglich linker Zusammenhänge in Weimar.

Einschätzung:

Die Ansiedlung des Verfahrens bei der Bundesanwaltschaft macht die Umgehung rechtsstaatlicher Vorgehensweisen möglich. Hausdurchsuchungsbefehle werden nicht benötigt, kommunale Träger werden gar nicht erst gefragt, ZeugInnen werden massiv eingeschüchtert. Das ist nur die sichtbare Spitze.
Das 129a StGB-Verfahren ermöglicht noch viel mehr (siehe Artikel zur "RADIKAL") und es ist davon auszugehen, daß SIE jede Möglichkeit nutzen (werden), um zu durchleuchten, Druck auszuüben und linke Zusammenhänge zu kriminalisieren.
Der Einschüchterung und Kriminalisierung wird nur durch eine breite Unterstützung und eine massive Öffentlichkeitsarbeit begegnet werden können.

Solidarität ist nötig!

Spendenkonto: Evang. Kirche WE-Jugend EKK Eisenach
BLZ 820 60 800 Kto. 801 00 21 Stichwort: Sonne

Hannah

Wenn ein CDU-Bürgermeister

Skandal in Hildburghausen

beginnt das zu sagen, was er denkt

Eine juristische Auseinandersetzung bahnt sich in Hildburghausen an. Die im Stadtrat vertretenen Parteien FDP, SPD und PDS werfen dem Bürgermeister Franz Kipper "strafbare Handlungen und die Verletzung von Amtspflichten" vor. Daß mit dem CDU-Bürgermeister Kipper von Hildburghausen nicht alles stimme, ist eigentlich allen Eingeweihten so ziemlich klar. Eine mögliche Amtsenthebung ist das eine, die politische Auseinandersetzung mit rechtsradikalen menschenverachtenden Äußerungen das andere.

Die CDU bezeichnet sich immer als eine Partei der Mitte und wenn Mensch sich den Zustand unter deutschen Dächern ansieht mag das auch stimmen. Genauso stimmt dann aber auch die umstrittene Einschätzung, daß der Rechtsradikalismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt.

Was ist eigentlich passiert?
In einer Beratungspause in der Stadtverwaltung haben Mitarbeiter der Stadtverwaltung folgende Schilderungen Kippers gehört, daß er (Kipper) vom Bauhof einen Bus so anfertigen lassen wolle, daß dessen Auspuffrohre nach innen geleitet würden. Alte und Behinderte würden dann solange durch die Stadt gefahren, bis sie umfielen. Man könnte sie dann auf dem Stadt-Berg entsorgen.
Diese Äußerung soll er auch in bezug auf die Stadträte und in bezug auf Ausländer gebraucht haben.

In bezug auf die Stadträte wurde des weiteren geäußert, daß, wenn diese dann aus Atemnot gegen die Scheiben klatschten, die Leute denken würden, die Stadträte kümmern sich um die Hildburghäuser.

Diese Äußerungen sind ein Skandal. Der größere Skandal ist, daß so einer in der CDU Karriere machen kann und als Bürgermeister weiter in Amt und Würden ist. Und das, obwohl dem zuständigen Landrat, Herrn Müller, diese Fakten bekannt sein müßten.
Aber der gehört natürlich auch der Partei der Mitte an.
Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet.

Asor

Selbstmord im Abschiebeknast Volksstedt

Ein 30jähriger Mann aus Zaire hat in der Justizvollzugsanstalt Volksstedt (Sachsen - Anhalt) Selbstmord begangen, das teilte ein Sprecher des Justizministeriums in Magdeburg mit. Der Mann sollte am Dienstag in seine Heimat abgeschoben werden. Mitgefangene hatten am Vormittag Alarm gegeben, nachdem sich der Zairer ungewöhnlich lange in einer Toilette eingeschlossen hatte. Dort hat er sich mit einem Seil aus zusammengeknoteten Wäschestücken erhängt.

Quelle:RTL 11.06.95

Aufgespiesst

Die Gewerkschaft ÖTV hat der Stadt Köln ein Mahnmal für die homosexuellen Opfer des Nazifaschismus geschenkt. Die Stadt hat anders als Erfurt dieses Geschenk **ohne langes Tauziehen** angenommen. Sollte die Kunststadt Köln etwa keine Kunstkommission (Geschmacksbestimmer von Amtswegen) haben? Oder steckt etwa hinter der Kunstdebatte zum Wehrmachtsdeserteur-DenkMal mehr?

Rassismus

Schweigen

Anfrage von Grüne/Forum nicht beantwortet

Im Sommer 1994 stellte die Fraktion Grüne/Forum im Rat d. Stadt Erfurt eine ausführliche Anfrage zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus.
Bis heute fehlt die Antwort des Magistrats. Man darf gespannt sein, ob die am 24.5.95 aktualisierte Anfrage eine Antwort findet. Vielleicht ist der Magistrat nur ehrlich.

Wer nichts gegen Rechtsextremismus tut, kann auch keine Antworten geben.

Kirchenasyl in Erfurt

Am 10.5.1995 fand in der Thomasgemeinde in Erfurt ein Gesprächsabend des Ökumenischen Arbeitskreises "Asyl in der Kirche" statt. Es ging an diesem Abend um theoretische Fragen, aber vor allem um die praktische Umsetzung für eine Aufnahme von Flüchtlingen in den Kirchgemeinden. Dazu waren Vertreter der Initiative aus Jena geladen, die im letzten Jahr diese Möglichkeit des Schutzes von Menschen bereits praktiziert hatten. Es betraf damals armenische Menschen, die in ihr von Krieg gekennzeichnetes Land abgeschoben werden sollten.

Sie wiesen ausdrücklich darauf hin, daß eine solche Form von Hilfe sehr verantwortungsvoll vorbereitet sein muß. Als sehr positiv wurde die wachsende Solidarität von Kirchenmitgliedern und Menschen außerhalb der Gemeinden eingeschätzt.
Flüchtlinge aus Togo, die in der BRD einen Asylantrag gestellt haben, berichteten über die Situation in ihrem Land und über die Repressionen, die bei einer "Zurückführung" auf die im Exil lebenden Menschen (15% der Bevölkerung sind auf der Flucht) zukommen. Dies reiche vom "Verschwinden lassen" über Folter bis hin zum Mord.

Sie leben in ständiger Angst vor einer möglichen Abschiebung.
Der Arbeitskreis, den es seit Herbst letzten Jahres gibt, hat sich die Aufgabe gestellt, Kirchgemeinden, die bereit sind, im gegebenen Fall Kirchenasyl zu gewähren, zu unterstützen und zu vernetzen. Zugleich will er die Gemeinden über die Lage von Flüchtlingen informieren.
Die Zielstellung lautet menschlich und optimistisch zugleich:

"Kirchenasyl in Erfurt? - selbstverständlich!"

TÖDLICHE FESTUNG EUROPA

Im September 1994 wurden 9 Tamilische Flüchtlinge tot in der Neiße gefunden. Sie starben beim Versuch, den Fluß illegal in der Nacht zu durchqueren. Sie hatten keine Chance, die "Festung Europa" auf sichere Weise zur erreichen. Visa wurden verweigert und sie mußten sich auf die Hilfe einer Fluchtorganisation verlassen. Sie waren gezwungen, den Fluß an einem gefährlichen Platz zu überqueren, weil alle sicheren Punkte durch Infrarotkameras der Grenzkontrollen überwacht waren. Die meisten der Flüchtlinge konnten nicht schwimmen, so daß sie sich an den Händen festhielten. Aber die Kette riß. In den letzten Monaten erhielt das antirassistische Netzwerk UNITED immer mehr Informationen über den Tod von Flüchtlingen, die versuchten, Asyl in der "Festung Europa" zu finden. Alle Todesfälle wurden durch die restriktive Regierungspolitik verursacht, die den "Schutz *von* Flüchtlingen" durch den "Schutz *vor* Flüchtlingen" ersetzte.

137 FÄLLE SIND DURCH UNITED DOKUMENTIERT, U. A.:

- N.N. (männlich), Ghana; Selbstmord nach der Information, er würde abgeschoben (Deutschland), 01.01.93
- Wasantha di Barrova, Sri Lanka; Auf der Flucht, versteckt in einem Bus, erstickt (Österreich), 26.01.93
- Bush Bacuma, Sri Lanka; Auf der Flucht, versteckt in einem Bus, erstickt (Östereich), 26.01.93
- Pieris, Sri Lanka; Auf der Flucht, versteckt in einem Bus, erstickt (Österreich), 26.01.93
- N.N., Sri Lanka; Auf der Flucht, versteckt in einem Bus, erstickt (Österreich), 26.01.93
- N.N., Sri Lanka; Auf der Flucht, versteckt in einem Bus, erstickt (Österreich), 26.01.93
- N.N. (männlich), Senegal; Asylsuchender, wurde erhängt in einer Polizeizelle in Eislingen gefunden (BRD), 01.02.93
- N.N., Albanien; Von einem Zug überfahren beim Überqueren der Schienen an der italienisch-schweizerischen Grenze, 20.03.93
- N.N., Albanien; Von einem Zug überfahren beim Überqueren der Schienen an der italienisch-schweizerischen Grenze, 20.03.93
- N.N., Albanien; Von einem Zug überfahren beim Überqueren der Schienen an der italienisch-schweizerischen Grenze, 20.03.93
- N.N. (weiblich), Mazedonien; Im Rhein ertrunken beim Versuch, die Grenze von Österreich in die Schweiz zu überqueren, 10.09.93
- Daniel Lopes, Angola; Selbstmord in Abschiebehaft, (BRD), 01.10.93
- N.N., Kurdistan; Abschiebung aus der Schweiz, ermordet von Militärs in Kurdistan, 01.10.93
- Emmanuel Ehi, Nigeria; Selbstmord im Gefängnis in Regensburg, (BRD), 01.12.93
- N.N (weiblich), Vietnam; Selbstmord, nachdem sein Asylantrag abgelehnt wurde,(BRD), 01.01.94
- N.N. (weiblich), Zaire; Als blinder Passagier, von der Besatzung eines deutschen Frachters über Bord geworfen, 01.02.94
- N.N. (m), Afrika; Als blinder Passagier, durch Pestizide auf einem Frachter nach Deutschland vergiftet, 15.02.94
- N.N. (m), Afrika; Als blinder Passagier, durch Pestizide auf einem Frachter nach Deutschland vergiftet, 15.02.94
- N.N. (weiblich); Ertrunken in der Neisse, nähe Zittau, 11.03.94
- N.N. (weiblich); Ertrunken in der Neisse, nähe Guben, 22.03.94
- N.N. (weiblich), Rumänien; Ertrunken in der Neisse, nähe Rothenburg, 25.04.94
- N.N. (weiblich); Ertrunken in der Neisse, nähe Görlitz, 24.05.94
- Kuldeep Singh, Indien; Durch die Indische Polizei getöten, zwei Tage nach der Abschiebung aus Deutschland, 29.05.94
- N.N. (weiblich), China; Selbstmord im Abschiebegefängnis Volkstedt, 01.06.94
- Kola Bankole, Nigeria; Gestorben während der Behandlung durch Polizei und Ärzte am Frankfurter Flughafen01.08.94N.N. (weiblich)unbekanntErtrunken in der Neisse, nähe Guben, 22.08.94
- N.N. (weiblich), Algerien;Ertrunken in der Neisse, nähe Guben, 25.08.94
- N.N. (weiblich), Nepal; Ertrunken in der Neisse, nähe Forst, 30.08.94
- Sutharasan Kanthasamy, Sri Lanka; Ertrunken in der Neisse, nähe Zasiek, i04.09.94
- N.N. (weiblich), Sri Lanka; Ertrunken in der Neisse, nähe Zasieki, 04.09.94
- N.N. (weiblich), Sri Lanka; Ertrunken in der Neisse, nähe Zasieki, 04.09.94
- N.N. (weiblich), Sri Lanka; Ertrunken in der Neisse, nähe Zasieki, 04.09.94
- N.N. (weiblich), Sri Lanka; Ertrunken in der Neisse, nähe Zasieki, 04.09.94
- N.N. (weiblich), Sri Lanka; Ertrunken in der Neisse, nähe Zasieki, 04.09.94
- N.N., Marokko; Im Mittelmeer vor Pantelleria (Italien) ertrunken, 01.10.94
- N.N., Marokko; Im Mittelmeer vor Pantelleria (Italien) ertrunken, 01.10.94
- N.N. (weiblich), Sri Lanka; Ertrunken in der Neisse, nähe Grossgastrose, 06.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien,15.10.94
- N.N.Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. Albanien; Ertrunken im Mittelmeer vor Italien, 15.10.94
- N.N. (weiblich), Sri Lanka; Ertrunken in der Neisse, 19.11.94

DIE ASYLPOLITIK DER WESTEUROPÄISCHEN STAATEN IST VERANTWORTLICH FÜR DEN TOD DIESER MENSCHEN.

Nach der Abschaffung des Asylparagraphen 16 ist es fast unmöglich für Flüchtlinge aus sog. "sicheren Herkunftsländern" oder über sog. "sichere Drittländer", wie etwa Polen oder Tschechien, in Deutschland Asyl zu erhalten.

UNITED ruft deshalb europaweit auf:

Bombardiert die Innenminister mit Faxen!

Fax-Nummer Kanther 0228 6814665; Dewes 0361 6431222



Stephan Hermlin:

In den Kämpfen dieser Zeit

Als Widerstandskämpfer waren wir in anderer Lage, wir haben uns völlig identifizieren können mit dem Sieg der Alliierten, wobei uns freilich das bittere Gefühl nicht erspart blieb, daß wir an diesem Sieg nur hilfsweise teilhatten. Unsere Niederlage bestand schon während des Kampfes darin, daß wir es den anderen Völkern nicht ersparen konnten, diesen ungeheuerlichen Krieg gegen den deutschen Faschismus zu führen. Die anderen, die sich viel ungebrochener als Sieger fühlten, waren jene vielen Bürger der DDR, denen man erklärte: "Ihr seid jetzt Bürger eines sozialistischen Staates, ihr steht also in den Reihen der sogenannten Sieger der Geschichte."

Wir haben in den ersten Jahren der Republik ein ziemlich klares, deutliches Urteil über die jüngste deutsche Geschichte gefällt, das von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen wurde; das hatte aber wiederum Folgen, denn die Mehrheit der Bevölkerung war sich darüber im klaren, daß sie den Faschismus auf irgend eine Weise unterstützt hatte, und fühlte sich schuldig.

Und dann ist es den Propagandisten bei uns eingefallen, diese seltsame Formel vom "Sieger der Geschichte" zu verwenden. An sich ein Absurdum, weil es Sieger der Geschichte nicht gibt, nie gegeben hat. In dieser Formel drückt sich die Überzeugung aus, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört; aber sie drückt sich auf eine etwas ungeschickte Weise aus. Man ernannte sich selbst zum Sieger der Geschichte. Diese Formel breitete sich sofort aus, wie ein Kreis in einem Wasser, in das man einen Stein geworfen hat, jeder Bürger der DDR konnte sich nun als Sieger der Geschichte fühlen. Dadurch, daß man dem Volk diese Schmeichelei sagte und es entlastete, war es dann auch leichter zu regieren. Es ist schwer, auf die Dauer Leute zu regieren, die sich irgendwie schuldig fühlen. Mit dieser Formel erlangte die DDR gleichzeitig auch eine gewisse politische Autorität.

... Die Jugend beider deutscher Staaten ist an den Naziverbrechen nicht beteiligt , und doch ist sie notwendigerweise beteiligt an der deutschen Geschichte, sie ist ihre Fortsetzung und muß sich mit ihr auseinandersetzen. Daß wir unseren Staat als antifaschistischen Staat gegründet haben, kann ein Mißverstehen unserer Situation begünstigen. Um diesem Mißverstehen entgegenzutreten, habe ich in der letzten Zeit häufig davon gesprochen, daß die Bewältigung der Vergangenheit bei uns vielleicht in mancher Hinsicht erleichtert worden ist, daß man aber - selbst wenn auf diesem Wege viel geleistet wurde - sich nie zur Ruhe setzen darf. Weil die Vergangenheit ununterbrochen täglich weiter gelebt werden muß. Weil diese Vergangenheit auch immer eine Gegenwart ist. Ich glaube, daß dieser Fehler, die Vergangenheit für überwunden zu erklären, bei uns sehr deutlich begangen wird. Leider auch von vielen Genossen, die mit einer gewissen Selbstzufriedenheit sagen, wir haben die Vergangenheit bewältigt, die da drüben nicht, die sind sozusagen noch mittendrin. Dazu hat niemand das Recht.

Zitiert nach: In den Kämpfen dieser Zeit, 1979

29. September

Tag des Flüchtlings

Aus dem Abschiedsbrief des Angolaners Daniel Lopez, der sich in der Nacht von 14. bis 15. Oktober 1994 in der Abschiebehaft das Leben nahm:

"Schauen Sie mal, ich habe keine Geduld in dieser Gefängniszelle zu leben, weil ich kein Krimiller bin.

Das ist alles."



Braunen Mief hass ich, was tun will ich..

Vierter Ratschlag

Am 4. November 1995 findet im Haus der Gewerkschaften der vierte antirassistische / antifaschistische Ratschlag statt. Der Ratschlag wird getragen von verschiedenen antirassistischen und antifaschistischen Initiativen, sowie Einzelpersonen, GewerkschafterInnen, Mitgliedern progressiver Parteien und jungen Antifas.

Ratschlag, weil es das Anliegen der OrganisatorInnen ist, nicht zu belehren, sondern dieses Treffen zu nutzen, um Theorie, Strategien, aber auch Erfahrungen in der antirassistischen, antifaschistischen Arbeit und der Durchsetzung von mehr demokratischen Rechten und Kultur (Lebensweise) auszutauschen.

Aktion

Antifaschistischer Ratschlag, weil trotz des augenscheinlichen Rückgangs der neofaschistischen Parteien, insbesondere der "Republikaner", faschistische Organisationen unter anderem durch die Scheinaktionen des Staates ungestört in der Gesellschaft wirken können und ihre Inhalte und Forderungen mittlerweile von vielen Konservativen akzeptiert werden. Antifaschistisch, weil der faschistische Terror zwar nicht mehr so viele Schlagzeilen macht, aber nach wie vor auf "Fremde", religiöse und kulturelle Minderheiten sowie Andersdenkende wirkt und Antifaschismus, wie wir ihn begreifen, immer der Kampf gegen Ausgrenzung und Intoleranz ist.

Wir wissen um die Diskreditierung des Begriffs Antifaschismus.

In der alten Bundesrepublik ließ man nichts unversucht, um AntifaschistInnen zu kriminalisieren und moralisch - getreu dem Motto rechts = links - den FaschistInnen gleichzusetzen. In der DDR wurde der Antifaschismus zu einer staatstragenden und den Staat rechtfertigenden Ideologie. Der Begriff Antifaschismus scheint nur noch mit dem "real existierenden Sozialismus" denkbar zu sein.
Wir sind überzeugt, daß wir den Inhalt und den Begriff des Antifaschismus zurückerobern müssen. Antifaschismus war der Widerstand gegen ein Herrschaftssystem, das die Demokratie außer Kraft gesetzt, die Gegner eliminiert und in der deutschen Ausprägung des Nationalsozialismus den Völkermord an Juden, Sinti und Roma, Russen und Serben zu verantworten hat. Antifaschismus war die Rettung von Kindern in KZs, das Verstecken jüdischer Nachbarn und die Verweigerung, den Vernichtungskrieg der Wehrmacht weiterzuführen. "Nie wieder!" hieß im Jahre 1945 der antifaschistische Grundkonsens, der - für kurze Zeit - von den Arbeiter - aber auch den bürgerlichen Parteien sowie den gesellschaftlichen Großorganisationen verteidigt wurde.

Es ist die humanistische Tradition des Antifaschismus, in die wir uns stellen und um die wir ringen

Antirassistischer Ratschlag, weil rassistische Orientierungen und Handlungen im Gegensatz zum Neofaschismus und Rechtsextremismus nicht am Rande der Gesellschaft existieren, sondern weite Kreise der Bevölkerung erfassen und in allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zunehmen. Die parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung des Rechts auf Asyl ist deutlichstes Zeichen und doch nur die Spitze des Eisberges. Während offene Gewalt, Brandstiftungen, Körperverletzungen, Briefbomben, Morde usw. von einer breiten Mehrheit abgelehnt werden, findet der alltägliche und staatliche Rassismus eine große Zustimmung und aktive Beteiligung. Auch das Thüringer Innenministerium war nicht bereit, die Duldung der armenischen Flüchtlinge in Jena zu verlängern, die nun gezwungen sind, in Polen (oder einem anderen Nicht-Schengen-Staat) um Asyl nachzusuchen. Gleichzeitig finden Razzien in Asylbewerberwohnheimen statt, die den BewohnerInnen den Stempel der Kriminalität aufdrücken.



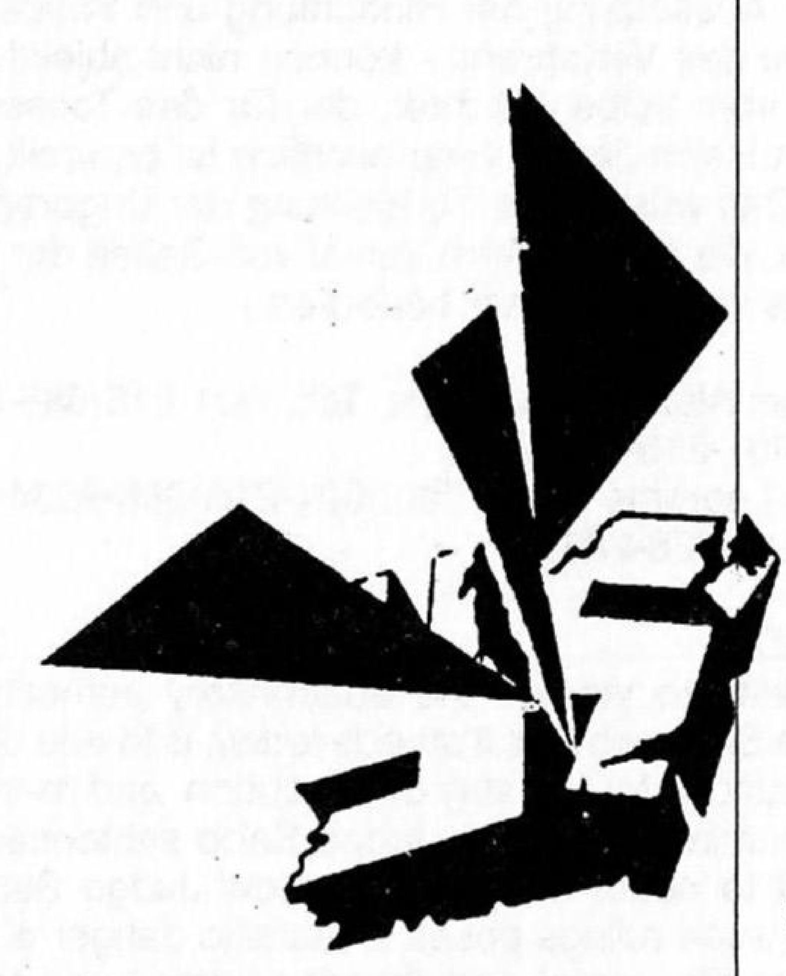
Die Kulturnation Deutschland verwahrt sich gegen die offene Gewalt, betreibt aber tagtäglich gegen Sinti und Roma, gegen AusländerInnen, gegen Juden und andere Minderheiten Ausgrenzung und eine psychische Form von Gewalt, deren Folgen die Betroffenen krank machen und sogar töten. An den Grenzen Europas haben bereits mindestens 136 Menschen den Versuch, Asyl zu bekommen, mit ihrem Leben bezahlt - es gab und gibt dagegen keinen öffentlichen Aufschrei.
Der gesellschaftliche Konsens läßt sich auf die Formel reduzieren "mit Mördern wollen wir nichts zu tun haben, aber mit den 'Fremden auch nicht!".



Der 8. Mai ist nie Vorbei!

Im Gegensatz zu den vergangen Jahren, soweit es die altbundesrepublikanischen PolitikerInnen betrifft, war man sich anläßlich des 50. Jahrestages der Niederwerfung Nazideutschlands einig. Es war eine Befreiung! (Obwohl sich einige Politiker nicht verkneifen konnten, zu betonen, daß es *auch* eine Niederlage war.)
Dies hindert jedoch die gleichen PolitikerInnen nicht daran, den Widerstand gegen den Nazifaschismus auf die Offiziere des 20. Juli zu reduzieren und den Widerstand der Arbeiterbewegung totzuschweigen und / oder zu kriminalisieren. Der Thüringer Ministerpräsident lehnt es ab, die Urteile der NS-Militärjustiz für nichtig zu erklären und die wenigen

noch lebenden Wehrmachtsdeserteure zu rehabilitieren und zu entschädigen.
In Thüringen hat sich Ministerpräsident Vogel an die Spitze einer geistigen Haltung gesetzt, die eine wesentliche Ursache des Nazifaschismus, den deutschen Nationalismus, leugnend, für eine Besinnung auf die sog. deutschen Tugenden plädiert.
Es ist der Geist, der den 8. Mai 1945 überhaupt erst notwendig machte, der Werte wie Pflicht und Ordnung vor die Menschenwürde und Zivilcourage setzt.
In diesem Geist läßt es sich leicht über Ausländerfreundlichkeit und Toleranz fabulieren und gleichzeitig Jagd auf VietnamesInnen veranlassen, asylfreie Städte schaffen, junge Antifas und alternative Projekte kriminalisieren.
Am 8. Mai 1945 ist Europa von der Naziherrschaft, aber nicht vom Geist der Ausgrenzung, des Antisemitismus und Nationalismus befreit worden.



Der 8. Mai ist solange nicht vorbei, solange es nicht gelungen ist, diesen Haltungen, die dem rechter Terror die geistige Legitimation bieten, den Boden zu entziehen.

Der diesjährige Ratschlag wird versuchen, Platz zu bieten für die Erkenntnisse und Diskussionen, die antirassistisch und antifaschistisch engagierte Menschen in die Lage versetzen, ein Mehr an gemeinsamen Aktivitäten gegen Rassismus, Faschismus und Geschichtsverdrehung zu entfalten.

JedeR, gleichgültig welcher Überzeugung, die/der bereit ist, die Meinungen und Ideen anderer zu respektieren und sich gegen Ausgrenzung einsetzen will, ist eingeladen. Ausgeladen ist allerdings, wer die eigene Haltung zur Meßlatte macht und andere antirassistische und antifaschistische Positionen nicht zu tolerieren bereit ist.

ImRahmen des Ratschlages werden vier Foren mit insgesamt 15 Arbeitsgruppen angeboten. Die Themenschwerpunkte werden sein:

- **Befreiung - der 8. Mai ist nie vorbei**
- **Widerstandskultur**
- **Antirassismus**
- **Antifaschismus aktuell**

Nähere Auskünfte sowie Flugblätter können unter der Telefonnummer 0361 5961390o. 6599813 angefordert werden.

Veranstaltungen im Rahmen des Ratschlages

2. Nov., 19 Uhr, Erfurt

Wer hat Angst vor dem Deserteuer?

Politisches Kabarett mit Martin Buchholz, Berlin

Kostenbeitrag 15,- DM

3. Nov. 18 Uhr, Erfurt, Haus Dacheröden, Streitgespräch mit

Ludwig Baumann, Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz; Dr. Bernd Boll, ISF Hamburg; Prof. Manfred Messerschmidt, Militärhistoriker (angefragt); Bundeswehr (angefragt); Landesregierung (Vertreter d. SPD und CDU angefragt). Moderation: Prof. Siegfried Wolf

Deserteure. Helden oder Feiglinge?

Wer hat Angst vor dem DenkMal für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur?



"In Buchenwald werden keine Fahnen wehen"

Knigge

"Eine Geburtstags- und eine Trauerfeier - dabei flaggt man nicht!"

Und sie wehten doch!

Ganz andere Fahnen als der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, Knigge, meinte, wehten am 9.4. anläßlich der Manifestation des internationalen Buchenwald-Komitees dann doch.

An anderen Tagen haben die Herrschenden in diesem Land kein Problem, die Fahnen wehen zu lassen. Beispielsweise flaggte die ganze Republik (West) Trauer als der Arbeitgeberpräsident Schleyer (ehemaliger SS-Mann) ermordet wurde. Sich moralisch darüber zu entrüsten ist absurd. Denn es geht nicht um Moral, sondern um Macht! Auf die Idee zu kommen, daß ein ehemaliger SS-Mann und Wirtschaftsboss mehr gewürdigt wird als Widerstandskämpfer und mehr als 55 Millionen Opfer des Naziregimes ist nicht absurd, sondern ein wesentliches Merkmal bundesrepublikanischer Wirklichkeit.

Sonntag, 9.4.95, Manifestation

Ca. 15.000 Menschen haben sich auf den Appellplatz von Buchenwald versammelt. Die Kälte ist kaum zu ertragen. Während ich den RednerInnen lausche, sehe ich den Pathos der Manifestationen und der Ausstellung zu DDR-Zeiten, sowie die am 8.4. neueröffnete Ausstellung und die Debatte zur "Umwidmung" der Gedenkstätte und die Widerstandsgeschichtsschreibung gedanklich an mir vorüberstreifen.
Es ist bitterkalt. Und ich kann mir nicht vorstellen, hier auch nur einen Tag überlebt zu haben. Hunger, SS-Terror und danach noch diese Kälte. Wie kann da ein Mensch leben, geschweige denn überleben. Diese Frage hat offenbar weder die DDR-Oberen, die die Buchenwälder zu widerspruchsfreien Helden hochstilisiert haben, zu beantworten versucht, noch treibt sie die Herren Niethammer und Co..
Unter Vorgaukelung einer guten Absicht, nämlich die Enttabuisierung des Widerstandes, werden die Widerstandskämpfer, insbesondere die Kommunisten, kriminalsiert.
laf

Hinrichtungsbefehl von Mumia Abu-Jamal unterzeichnet

Weltweite Solidaritätsaktionen

Keine Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal!

Mumia Abu-Jamal ist ein weit über die Grenzen seiner Heimatstadt Philadelphia/USA hinaus bekannter afroamerikanischer Journalist. Er war Präsident der Association of Black Journalists (Vereinigung Schwarzer JournalistInnen) in Philadelphia und wurde für seine Arbeit mehrfach mit Preisen und Ehrungen ausgezeichnet. Seine engagierte kritische Berichterstattung gegen Rassismus und Unterdrückung in den USA hatten ihm Beliebtheit und den Titel "Stimme der Unterdrückten" eingebracht, aber auch den Haß von Verfechtern von "Recht und Ordnung". Seit seiner frühen Jugend war Mumia Abu-Jamal politisch aktiv, u.a. in der "Black Panther Party", und jahrelang ständigen Polizeiüberwachung, Schikanen und Medienhetze ausgesetzt. Eine Gelegenheit, ihn wie angekündigt mundtot zu machen, ergab sich im Dezember 1981, als er seinem Bruder zu Hilfe kommen wollte, der von einer Polizeistreife angegriffen wurde.

Mumia wurde durch einen Bauchschuss lebensgefährlich verletzt, ein Polizist getötet. Obwohl mehrere ZeugInnen, auch der Anklage, aussagten, daß der Todesschütze geflüchtet sei und obwohl nie eine Tatwaffe gefunden wurde, wurde Mumia Abu-Jamal als "Polizistenmörder" zum Tode verurteilt. Beim Prozeß wurde Mumias Verteidigung quasi verhindert. Die Geschworenenjury, die das Urteil mitentschied, bestand mit einer Ausnahme aus Weisen der mittleren Oberschicht. Der urteilsprechende Richter ist wegen seiner vielen Todesurteile, die fast alle gegen nicht-weiße Menschen ausgesprochen wurden, als "Henker von Philadelphia" bekannt.
Seit der Verurteilung 1992 kämpft Mumia Abu-Jamal aus der Todeszelle heraus um sein Leben und gegen die Todesstrafe. Seit Januar 1993 ist ein neuer Gouverneur im Amt, der ultrakonservative Thomas Ridge, der bereits im Wahlkampf ankündigte, nach 33 Jahren Pause wieder Hinrichtungen in Pennsylvania durchführen zu lassen.

Am 2. Mai 1995, am gleichen Tag des Erscheinens von Abu-Jamals Buch "From Death Row" ("Aus der Todeszelle"), wurde die erste Hinrichtung vollzogen.

In seinem Buch setzt sich Mumia Abu-Jamal in 49 Essays, die er in den letzten Jahren schrieb, mit Rassismus, dem Leben im Knast, der Todesstrafe und der gegenwärtigen reaktionären gesellschaftlichen Entwicklung in den USA auseinander. Die rechte Polizeigewerkschaft FOP hat von Anfang an versucht, das Erscheinen des Buches zu verhindern und den Verlag massiv unter Druck gesetzt.
Die deutsche Ausgabe erscheint im Juni bei Agipa-Press/Bremen.

Insgesamt sind bis heute fünf Hinrichtungsbefehle von Gouverneur Ridge unterschrieben worden, am 1. Juni 1995 der von Mumia Abu-Jamal.
Mumias Anwalt Len Weinglass hat am Montag, den 5. Juni, Anträge auf Aussetzung der Hinrichtung und auf Wiederaufnahme des Verfahrens bei Gericht eingebracht. Über die Anträge wird der gleiche Richter Sabo entscheiden, der Mumia zum Tode verurteilt hat!

Von UnterstützerInnengruppen in den USA wird dazu aufgerufen, Richter Sabo seinen Vorgesetzten, und/oder dem Gouverneur zu faxen, daß Sabo nicht erlaubt werden darf, aufgrund seiner Befangenheit über die Anträge zu urteilen.

Mumia Abu-Jamal ist z.Zt. der einzige politische Gefangene in den USA, der in der Todeszelle sitzt und akut von seiner Hinrichtung bedroht ist!
Seine Exekution wäre die erste eines politischen Gefangenen seit der von den Rosenbergs in den Fünfzigern und stünde in einer Reihe mit der Liquidierung von Sacco und Vanzetti in den Zwanziger Jahren. Alle diese Hingerichteten sind erwiesenermaßen mit falschen "Tatvorwürfen" aus politischen Gründen umgebracht worden. Mumia Abu-Jamal ist ein krasses Beispiel politischer und rassistischer Justiz in den USA!

Faxt Protestbriefe an Gouverneur Ridge

mit den zentralen Forderungen:

- **Keine Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal!**
- **Wiederaufnahme seines Verfahrens!**
- **Freilassung von Mumia Abu-Jamal! Abschaffung der Todesstrafe!**

Im Kasten führen wir einige Faxtexte mit Übersetzung auf.

FAX an den Gouverneur, Governor of Pennsylvania Mr. Ridge Main Capitol Building Room 225 Harrisburg, PA 16652 USA Fax: 001-717-783-1396

We / I urge you not to execute Mumia Abu-Jamal, but to ensure him a fair retrial and to release him immediately! We / I demand the abolition of the death penalty

(Wir fordern / Ich fordere Sie auf, Mumia Abu-Jamal nicht hinzurichten, sondern ihm ein faires neues Verfahren zu garantieren und ihn sofort freizulassen. Wir fordern / Ich fordere die Abschaffung der Todesstrafe!)

Fax an die Richter;

Judge Albert Sabo Tel.: 001-215-686-5100 Fax: 001-215-563-1623

Judge Sabo, We hereby demand that you step down as the ruling judge for the case of Mumia Abu-Jamal. The applications by Mr. Jamal's attorney for the stay of execution and re-trial cannot be objectively and fairly judged by the same judge, who is responsible for the sentencing of Mr. Jamal to death. To do so, would result in obvious bias, and add to the injustice committed by the United States against Mr. Jamal to date. yours sincerely,

(Wir fordern Sie auf als der entscheidende Richter im Falle Mumia Abu-Jamal zurückzutreten. Die Anträge, die von Herrn Jamals Anwalt gestellt worden sind - Aussetzung der Hinrichtung und Wiederaufnahme des Verfahrens - können nicht objektiv gerecht vom selben Richter, der für das Todesurteil gegen Herrn Jamal verantwortlich ist beurteilt werden. Das würde eine Fortsetzung der Ungerechtigkeiten, die gegen Herrn Jamal von Seiten der USA bereits verübt wurden, bedeuten.)

Judge Alex Bonavitacola Tel.: 001-215-686-3770 Fax: 001-215-567-7328
Judje Legrome Davis Tel.: 001-215-686-9534 Fax: 001-215-686-2865

Dear Sir,
We write to you as the supervisory authority for Judge Sabo, who as it stands today, is to rule on the applications for the stay of execution and re-trial of Mr. Mumia Abu-Jamal. Judge Sabo sentenced Mr. Jamal to death In 1982. To allow Judge Sabo to make such rulings poses a realistic danger of bias against Mr. Jamal and thereby further add to the injustice Mr. Jamal has suffered at the hands of the United States to date. We hereby request that you interfere and another judge be appointed to make this vital-life and death-decision.
yours sincerely,
(Sehr geehrter Herr, wir wenden uns an Sie als Vorgesetzten von Richter Sabo, der, wie es heute aussieht, über die Anträge auf Aussetzung der Hinrichtung und Wiederaufnahme des Verfahrens von Herrn Mumia Abu-Jamal befinden soll. Richter Sabo hat Herrn Jamal 1982 schon zum Tode verurteilt. Zu erlauben, da Richter Sabo diese Entscheidungen mit dieser Vorgeschichte trifft stellt eine realistische Gefahr von Befangenheit gegen Herrn Jamal und somit eine weitere Ungerechtigkeit zu denen, die Herrn Jamal bis jetzt schon durch die USA zugefügt wurden, dar.

Wir fordern Sie hiermit auf, einzuschreiten und einen anderen Richter zu ernennen, der diese gravierenden Entscheidungen auf Leben und Tod fällt.)

Kopien an: Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal, c/o Infoladen Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden



Lesenswert!!!!!!



Solidarität ist,

- wenn mensch trotz Bedenken Andere unterstützt,
- wenn mensch ohne Bedacht auf den eigenen Vorteil sich für Andere engagiert!

Die FreundInnen der Gerberstrasse brauchen jetzt diese Solidarität (siehe Seite 8)

In eigener Sache

Die Antifanachrichten brauchen finanzielle Unterstützung. Jede kleine Spende und/oder zusätzliche Abo ist willkommen!

Bestellung der ThAN

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Tel.: Initiative:

Anzahl .... zu DM 1,50 / Ausgabe

Unterschrift

Diese Zeitung finanziert sich aus Spenden.

Deshalb, wer ein Exemplar oder mehrere haben möchte, kann bei der Redaktion bestellen und spenden. Unkostenbeitrag 1,50 DM plus Portogebühren.

Spendenkonto: Kennwort ThAN, BfG Erfurt, 2371243701

Red.: Thüringer Antifa Nachrichten; Joseph Grüne, Eislebenerstr. 3, 99086 Erfurt. (30.6.95)
Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion. Für die Inhalte namentlich gekennzeichneter Artikel haftet der/die AutorIn.



Fundamentalismus im deutschen Motorsport

Mit Bestürzung reagierte Deutschland auf die Kopfbedeckung der Nummer Eins der Formel Eins. Die Verhüllung des Kopfes und der Haare sei Zeichen der Unterwerfung und Unterdrückung. "Dies ist mit der westlichen Demokratie nicht vereinbar", stellt die deutsche Öffentlichkeit fest und fordert Konsequenzen. Droht den Fundamentalisten im Motorsport nun der Ausschluß aus dem Verband?

Empfehlenswert

ACHERON - Die Dämme brechen

Acheron, der Name stammt aus dem alten Griechenland und beschreibt eines der Gewässer, das die Unterwelt der Griechen umgibt. Es handelt sich um eine Antifaschistische Zeitschrift aus Sachsen, welche zweimonatlich erscheint und herausgegeben wird von ACHERON, c/o Infoladen "Tierra y Libertad", Thiergartener Str.4, 08527 Plauen. Ein Exemplar kostet 3,50 DM, ein Jahresabonnement 21,00 DM.
Jede erscheinende Ausgabe arbeitet zu einem Schwerpunktthema und umfaßt ansonsten die Rubriken Geschichte der NSDAP, Repression, Regionalinformationen, aktuelle Buchbesprechungen u.a..
Schwerpunkt der jetzigen Ausgabe sind die Innere Sicherheit und das neue sächsische Polizeigesetz.
Die ACHERON wird bundesweit vertrieben. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist für inhaltliche Beiträge der 10.8.95, für Kurz- und Regionalinfos der 25.8.95, wobei derlei Zuarbeit durch InteressentInnen sehr erwünscht sind.

Bestellungen werden auch telephonisch entgegengenommen (03741/35130)

Erfreuliches

Am 29.6. hat das OLG Jena das Begehren der Bürger-Rechtsbewegung Angelo Lucifero (Herausgeber der Ende 1993 eingestellten Antifa Nachrichten Thüringen) zur Zahlung einer Vertragsstrafe von DM 20.000.000 zu verurteilen, abgewiesen.

Eure Termine könnten hier auch stehen .....

3. - 8. Sept. 95
Antifaschismus zwischen Abwicklung und Bewahrung
Wochenseminar des DGB in Radebeul b. Dresden

2. Nov., 19 Uhr
Haus Dacheröden, Erfurt
Wer hat Angst vor dem Deserteur?
Politisches Kabarett mit Martin Buchholz, Berlin
Preis: DM 15,-

3. Nov., 18 Uhr
Haus Dacheröden, Erfurt
Deserteure Helden oder Feiglinge?
Streitgespräch mit Historikern und Politikern

31. Aug. 95, 18 Uhr, Erfurt
Stell Dir vor es ist Krieg und keineR geht hin!
Info- und Kulturveranstaltung zum Krieg in Ex-Jugoslawien
Mit Andreas Zumac, ARD Korrespondent,

7. Nov., 18 Uhr, Erfurt
Antisemitismus in Deutschland
Prof. Dr. Heinrich Fink
Eine Veranstaltung d. PDS

1. Sept. 95, 17 Uhr,
Peterberg, Erfurt
Friedensdemonstration
DenkMalsenthüllung

Der 8. Mai ist nie vorbei!
4. Ratschlag Thüringen
4. Nov. 1995
Haus d. Gewerkschaften, Erfurt